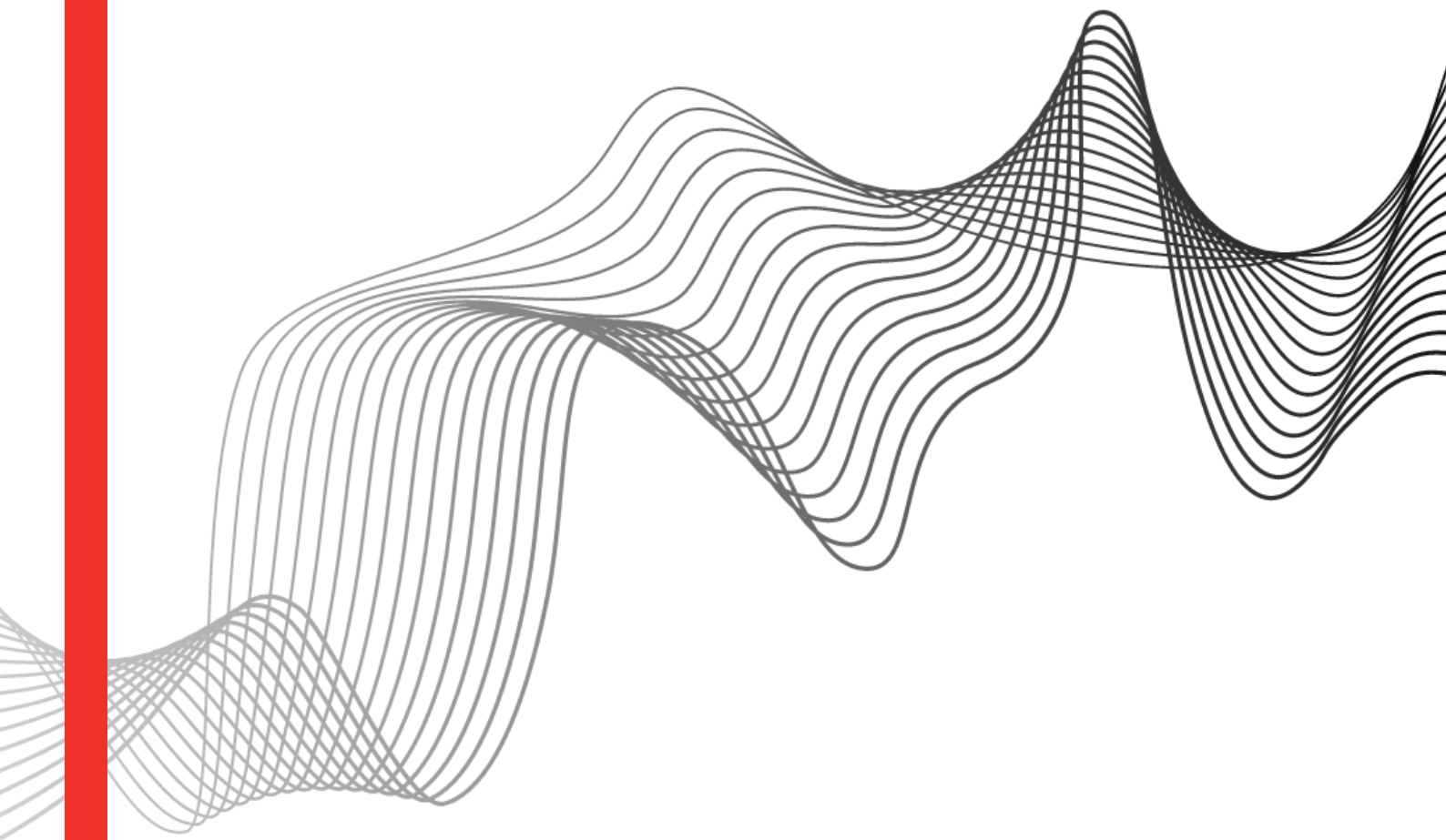




FORDERUNGSPAPIER DER
DIGITALOFFENSIVE ÖSTERREICH
AN DIE NEUE BUNDESREGIERUNG

DIGITALOFFENSIVE ÖSTERREICH
ROSENTURMSTRASSE 17/17
1010 Wien

Österreich NEU – Es braucht ein „Digitales Aufschwungpaket“

Der Digitalbranchenverband DIGITLOFFENSIVE ÖSTERREICH (vormals INTERNETOFFENSIVE ÖSTERREICH) vertritt über 80% der Wertschöpfung der Telekom- und IT-Branche und setzt sich mit seinen 26 Mitgliedsunternehmen seit über 15 Jahren für einen erfolgreichen Digital- und Wirtschaftsstandort Österreich ein.

Digitalisierung ist eine der größten Chancen, den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen und Wohlstand und Sicherheit langfristig zu gewährleisten.

Der Digitalstandort Österreich hat sich in den letzten Jahren – vor allem durch die Pandemie – verändert. Die prognostizierte Weiterentwicklung ist im internationalen Vergleich jedoch langsamer, als für das Wirtschaftswachstum benötigt (u.a. beeinflusst durch EU und nationale Überregulierung, fehlende Governance, heterogene Zuständigkeiten, Rezession bzw. Stagnation der Wirtschaft, hohe Verschuldung, fehlende Bürokratiereformen). In den kommenden fünf Jahren ist ein starker politischer Fokus auf Digitalisierung zwingend, um sowohl das Wirtschaftswachstum zu fördern, effiziente Strukturen im öffentlichen Bereich aufzubauen, als auch die notwendige Sicherheit zu garantieren. Ohne umgehende, grundlegende Reformen/Maßnahmen drohen enorme wirtschaftliche und gesellschaftliche Risiken. Die neue Regierung muss ein „Digitales Aufschwungpaket für Österreich“ umsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Um auch die staatliche Leistungsfähigkeit zu erhalten (Stichwort: Halbierung der Beamtenzahl durch Pensionierungen bis 2035, steigender Pflegebedarf etc.), müssen die derzeitigen Digital-Investitionen des Bundes von jährlich 500 Millionen Euro auf eine Milliarde erhöht werden. Diese Digitalisierungsmilliarde bringt einen 13-fachen volkswirtschaftlichen Nutzen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die DIGITLOFFENSIVE hat für die wichtigsten Herausforderungen für den Standort die sechs wichtigsten Maßnahmen für einen Aufschwung zu einem erfolgreichen Digital- und Wirtschaftsstandort gesammelt:



1. Digitalisierung als Chefsache

Status Quo:

- Dem Staat werden immer mehr Herausforderungen und Aufgaben zuteil, die er zu lösen hat (z.B. Cybersecurity, Digitaler Gesundheitspfad, Demographischer Wandel). Digitalisierung kann hier wesentliche Unterstützung und Lösungen bieten. Diese Herausforderungen können nicht mehr in Ministerien-Silos betrachtet und gelöst, sondern müssen ganzheitlich betrachtet werden. Es fehlt eine koordinierende Stelle für Digitalisierungsagenden, sowohl für die Verwaltung als auch für die Wirtschaft.

Lösungsvorschlag:

- Es braucht eine ministerienübergreifende politische Koordinierung aller bestehender Digitalstellen- und Strukturen unter Führung des Bundeskanzleramtes, mit klaren Zuständigkeiten und einem festen Budget für Digitalisierung. In dieser Governance-Struktur muss eine klar definierte Einbindung der Wirtschaft, insbesondere der Digitalunternehmen, festgesetzt werden. Nur mit einem Schulterschluss zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft kann der Digitalstandort reüssieren.

2. Stärkung des Standortes und der Wettbewerbsfähigkeit

Status Quo:

- Österreich hat die Tendenz, bei der Umsetzung von EU-Vorschriften Gold-Plating zu betreiben, was im Digitalbereich zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen, Rechts- und Planungsunsicherheit und abgeschreckten Investoren führt.
- Unternehmen im digitalen Sektor stehen oft unter intensiver behördlicher Aufsicht. Wenn Jahre nach behördlicher Genehmigung Gerichte Klauseln in AGBs für unzulässig erklären und Rückzahlungen anordnen, wie beispielsweise bei Servicepauschalen, entsteht Rechts- und Planungsunsicherheit. Dies gefährdet Investitionen in digitale Infrastruktur und Innovationen. Entscheidungen der Regulierungsbehörden sollten daher rechtliche Beständigkeit haben, um Vertrauen und langfristige Investitionen zu fördern.
- Viele EU-Vorschriften werden zu langsam und unabgestimmt mit den europäischen Partnern in österreichisches Recht umgesetzt. Dies führt zu Rechtsunsicherheit (z.B. die für Cybersicherheit unerlässliche NIS2-Richtlinie) und Unklarheiten, z.B. die Rückzahlung von ursprünglich zulässigen Servicepauschalen. Überregulierung bremst technologische Entwicklung und verschlechtert unsere Standort-Qualität.

Lösungsvorschlag:

- Der politische Fokus muss auf Rechts- und Investitionssicherheit liegen. Es braucht ein klares politisches Bekenntnis, Gold-Plating auch im Digitalbereich in Zukunft zu vermeiden.
- Der Gesetzgeber muss die Rechtssicherheit behördlicher Entscheidungen stärker absichern, damit Unternehmen im digitalen Sektor sicher planen und investieren können.
- Österreich muss den Anspruch haben, EU-Rahmenbedingungen aktiv zu gestalten und sich bereits auf europäischer Ebene aktiv zu den Digitalrechtsakten einbringen.
- Unternehmen brauchen Regulierungen, auf die sie sich verlassen und aufbauen können. Es darf keine Gefahr von nachträglichen Strafen ausgehen. Der Grundsatz „Beraten vor Strafen“ muss stets als wesentlicher Regulierungsgrundsatz dienen.



3. Hochleistungsstaat ist nur durch Offensive bei Digitalisierungsprojekten machbar

Status Quo:

- Der moderne „Hochleistungsstaat“ ist in immer mehr Bereichen gefordert, sei es bei Sicherheitsfragen, Inflationsbekämpfung, Ankurbelung der Wirtschaft, Pandemien, Migration oder beim Aufrechterhalten der sozialen Systeme wie Pensionssicherung oder im Gesundheits- und Pflegewesen. Diese Aufgaben sind nur durch eine Ausweitung des Einsatzes von neuen digitalen Technologien in der öffentlichen Verwaltung bewältigbar. Das erfordert massive Investition, ohne die der Staat seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann. Die demographische Entwicklung z.B. stellt eine große Bedrohung dar: in den nächsten 10 Jahren geht die Hälfte der Bundesbeamten in Pension, das gefährdet die Leistungsfähigkeit des Staates. Der Einsatz von Digitalen Anwendungen kann hier weitgehend abfedern und die Funktionstauglichkeit des Staates sichern.
- Angesichts Österreichs Aufholbedarfs im Digitalisierungsbereich, besonders in der Verwaltung und den Kommunen, darf in Österreich nicht am Digitalisierungsbudget im öffentlichen Bereich gespart werden. Mögliche künftige Kürzungen ziehen verheerende Auswirkungen für die gesamte Wirtschaft mit sich.

Lösungsvorschlag:

- Sicherung sowie Ausbau des Digitalbudgets mit klarer Zielsetzung und Investitionen in effizienzsteigernde Anwendungen/ Investitionen von 1 Milliarde jährlich für die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung.
- Einbindung von führenden digitalen Expert:innen in Staatsreformprojekte, um die neueste weltweite Expertise im Bereich öffentliche Verwaltung und Digitalisierung sicherzustellen.
- Besonderes Augenmerk auf nationale und europäische Wertschöpfung im Digitalbereich zur Stärkung des lokalen Wirtschaftsstandortes.
- Rechtzeitige Vorbereitung auf die Pensionierungswelle durch Einsatz von digitalen Lösungen, z.B. Übernahme von freiwerdenden Arbeitsaufgaben durch Künstliche Intelligenz und digitale Speicherung von Know-How.



4. Startschuss für Aufbau einer Datenwirtschaft mit Politik und Wirtschaft und Forschung

Status Quo:

- Die öffentliche Verwaltung verfügt über unzählige Daten, die teils in Datensilos liegen und weder zwischen den Behörden noch mit der Wirtschaft und Forschung geteilt werden können. Dadurch geht viel Potential verloren und schadet Österreichs Attraktivität als Digital- und Forschungsstandort. Daten müssen stets den Menschen und der Wirtschaft – unter Berücksichtigung des Datenschutzes – dienen. Derzeit ist nicht transparent, über welche Daten der Staat verfügt und wie

die Daten verwendet werden. Transparenz und Nutzen aus Daten muss forciert werden.

- Auch die österreichischen Unternehmen nutzen noch nicht ausreichend fortgeschrittene Digitaltechnologien: KI wird lediglich von 11%, Data Analytics von 24% und fortgeschrittene Cloud Services von 36% der Unternehmen eingesetzt. Im europäischen Vergleich liegt Österreich damit im unteren Drittel.
- 2020 belegte Österreich noch den 3. Platz im E-Government Benchmark, 2024 hinkt die öffentliche Verwaltung nur auf dem 12. Platz hinterher.

Lösungsvorschlag:

- Der schnellstmögliche Aufbau einer Datenwirtschaft, auf die Wirtschaft und Verwaltung gleichermaßen zugreifen können, ist unerlässlich. Bei der Umsetzung müssen alle betroffenen Stakeholder aus Wirtschaft und Verwaltung eingebunden werden.
- Dafür braucht es einen Überblick über alle öffentlichen Daten (z.B. in Form eines Cockpits). Dazu braucht es eine Governancestruktur, die das Nutzen von Daten unterstützt und hilft Gefahren zu mitigieren.
- Neben einer dezidierten E-Government-Strategie muss ein Fahrplan entwickelt werden, wie Daten in Zukunft innerhalb der Verwaltung, sowie mit der Wirtschaft und Forschung geteilt und nutzbar gemacht werden können. Nur mit einer umfassenden Datenwirtschaft kann der Wirtschaftsstandort das Potential von neuen Technologien voll ausschöpfen.



5. Stärkung der Digitalen Infrastruktur Österreichs

Status Quo:

- Die Telekommunikationsindustrie in Österreich spielt eine entscheidende Rolle für die digitale Infrastruktur des Landes. Die Netzbetreiber investieren jährlich bis zu einer Milliarde Euro aus eigenen Mitteln in den Ausbau der digitalen Infrastruktur. Dies geschieht unabhängig von staatlichen Förderungen und zeigt das starke Engagement der Branche für die digitale Zukunft Österreichs. Die Tarife für Telekommunikationsdienste in Österreich gehören zu den günstigsten in Europa, was zu einer inflationshemmenden Wirkung geführt hat.
- Trotz dieser Erfolge steht die Telekommunikationsbranche vor erheblichen Herausforderungen. Die private Investitionsbereitschaft droht zu sinken, da es an Rechtssicherheit für Geschäftsmodelle fehlt und langwierige Genehmigungsverfahren im digitalen Infrastrukturausbau zwischen Gemeinden, Bezirken und Bundesländern zu Unsicherheiten führen. Die ausbleibenden Investitionen würden in den kommenden Jahren den Breitbandausbau erheblich verlangsamen und erfordern, dass der Staat die entstehenden Defizite zunehmend durch den Einsatz von Steuergeldern in Form von Breitbandförderungen kompensiert.
- Ein wirksamer Ansatz zur Beschleunigung des Breitbandausbaus ist die Einführung eines „One-Stop-Shops“ in den Bundesländern, der alle Genehmigungsverfahren zentral und effizient abwickelt. Gleichzeitig ist dringend

erforderlich, dass digitale Verfahren zwischen Ländern, Bezirken und Gemeinden beschleunigt werden, um die Abläufe noch effizienter und noch schneller zu gestalten. Diese Maßnahmen könnten die Genehmigungsdauer beim Breitbandausbau von derzeit 18 Monaten auf nur 6 Wochen reduzieren und gleichzeitig das Vertrauen in die Stabilität und Attraktivität des Investitionsstandorts Österreich erheblich stärken.

- Darüber hinaus müssen Tiefbauaktivitäten in Österreich besser koordiniert werden, um Kosten für Städte und Gemeinden, Bürger und Investoren zu sparen. Das mehrfache Aufgraben ist teuer und belastet Umwelt und die Bevölkerung. Es braucht die volle Transparenz dieser Aufgrabungsaktivitäten, um eine Koordination zu ermöglichen.

Lösungsvorschlag:

- Mehr Rechtssicherheit, um die Geschäftsmodelle zu stabilisieren und klare, verlässliche Tarife für Konsumenten und Unternehmen zu gewährleisten. Dies zieht Investoren an und erleichtert die langfristige Planung.
- Der Bund muss sich entschieden für die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren durch digitale Prozesse für den Breitbandausbau einsetzen, um die Prozesse effizienter zu gestalten und den Ausbau schneller voranzutreiben. Die Dauer der Genehmigungsverfahren für den Breitbandausbau beträgt derzeit bis zu 18 Monate und muss auf sechs Wochen verkürzt werden.
- Es ist notwendig, bürokratische Prozesse zu vereinfachen, zu digitalisieren und zu beschleunigen, um die Genehmigungsverfahren effizienter zu gestalten. Dies umfasst die Einführung von One-Stop-Shops und digitalen Musterprozessen zur Reduzierung der administrativen Belastungen.
- Ein zentraler, digitaler Tiefbauatlas auf Bundes- oder Landesebene würde eine effiziente Koordination von Aufgrabungsaktivitäten aller Städte und Gemeinden und Unternehmen unterstützen.



6. Österreichs digitale Verantwortung in Europa (Resilienz)

Status Quo:

- Österreich und Europa haben in unterschiedlichen Wirtschaftssektoren den Anschluss verpasst und sind damit von funktionierenden Lieferketten und Technologie von Drittanbietern abhängig, z.B. von China, den USA und Taiwan. Bereits heute verfügt Europa nicht über ausreichend eigene Rechenzentren. Der Bedarf an Rechenleistung wird jedoch stetig steigen, v. A. auch durch KI-Anwendungen - die Möglichkeit zur Nutzung dieser Dienste wird eingeschränkt, die Abhängigkeiten dadurch immer drastischer.

Lösungsvorschlag:

- Österreich muss sich für massive Investitionen in den Aufbau von Rechenleistung innerhalb Europas stark machen, um die Abhängigkeiten Europas von anderen

Ländern zu verringern. Durch länderübergreifende Investitionen kann der Ausbau forciert werden und Österreich kann sich hier als Initiator und Vorbild positionieren.

- Österreich sollte sicherstellen, dass bei der Nutzung von Cloud-Diensten alle Daten im Einklang mit der europäischen Rechtsordnung geschützt werden. Dabei ist es entscheidend, dass internationale Standards, sowohl rechtliche als auch technische, im Verhältnis zu Drittstaaten wechselseitig anerkannt werden, um die Einhaltung der Vorgaben effizient und transparent prüfen zu können.
- Auf europäischer Ebene sollte sich Österreich für einen sicheren und rechtskonformen Datentransfer in Drittstaaten einsetzen. Dabei müssen Anbieter von Cloud-Diensten – unabhängig von ihrem Herkunftsland – verpflichtet werden, anerkannte Standards zu erfüllen, um klare rechtliche Rahmenbedingungen und Datensicherheit zu gewährleisten. Eine enge Zusammenarbeit mit Cloud-Dienstleistern, die bereit sind, sich an europäische Vorschriften anzupassen, kann zur Reduktion von Abhängigkeiten und zur Stärkung der lokalen Wertschöpfung beitragen. Dies ermöglicht eine faire und vertrauensvolle Partnerschaft auf Grundlage gemeinsam anerkannter Standards.
- Österreich muss von den besten lernen und sich international mit digitalen Vorreiterstaaten vernetzen. Ein Anschluss an die führenden Digitalnationen Europas, konkret zum Zusammenschluss „D9+“ ist der erste Schritt, um von den Besten zu lernen und bald zu ihnen zu gehören.

Digitalisierungsmilliarde als notwendiges und rentables Investment für den modernen Hochleistungsstaat

Cybersecurity

200 Mio. Euro jährlich

- Einsatz von neuen, sicheren Anwendungen
- Rasche Umsetzung der NIS2-Verordnung
- Aufklärungskampagnen für Unternehmen (speziell KMU)

→ 1 Mrd. Euro volkswirtschaftlicher Nutzen

Gesundheit und Pflege

200 Mio. Euro jährlich

- Digitaler Gesundheitspfad: App mit Telemedizin und optimierter Terminkoordination
- Längerer Verbleib pflegebedürftiger Menschen zu Hause durch Einsatz digitaler Systeme

→ 1 Mrd. Euro volkswirtschaftlicher Nutzen

Digitale Identität

200 Mio. Euro jährlich

- Ausbau der digitalen Identität (digitales Postfach, Schnittstelle zur Wirtschaft etc.)
- Bürger:innen-Plattform für schnelleren und einfachen Zugang zur Verwaltung

→ 1 Mrd. Euro volkswirtschaftlicher Nutzen

Unternehmens-Serviceplattform

100 Mio. Euro jährlich

- Ausbau der Serviceplattform, sowie Öffnung für die Wirtschaft

→ 3 Mrd. Euro volkswirtschaftlicher Nutzen

Zukunfts-Arbeitsplatz in der Verwaltung

300 Mio. Euro jährlich

- Neugestaltung des Elektronischer Akts, sowie mobiles und flexibles Arbeiten
- Automatisierung und Einsatz eines Portals zur Nutzung von AI/GenAI

→ 7 Mrd. Euro volkswirtschaftlicher Nutzen

